

II-3669 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Wien, 1978 04 26

Z. 11 0502/29-Pr.2/78

1699 IAB

1978 -04- 28

zu 1710 U

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
W i e n

1017

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Gruber und Genossen vom 2. März 1978, Nr. 1710/J, betreffend Erledigung von Anträgen nach dem Entschädigungsgesetz CSSR, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu 1):

Wie Sie aus dem Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1976 ersehen haben, sind von den vorgesehenen 150 Mio.S 103 Mio.S ausgegeben worden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß das in der Regierungsvorlage vorgesehene zusätzliche Personal nicht zur Verfügung gestellt wurde. Die Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland war selbst auch nicht in der Lage, aus den Finanzämtern ihres Bereiches das erforderliche geeignete Personal ohne Gefährdung des Steueraufkommens herauszuziehen. Im Jahre 1977 konnten die Ausgaben bereits um rund 50 % auf rund 157 Mio.S angehoben werden; formell bleibt diese Ausgabe jedoch ebenfalls hinter dem Voranschlag zurück.

Zu 2):

Da der mit der Durchführung des Entschädigungsgesetzes CSSR betrauten Abteilung der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland ab 1. Jänner 1977 auch die Durchführung des Aushilfegesetzes übertragen wurde, ist mit einer Besserung der Lage nicht zu rechnen.

Zu 3):

Die Anmeldefrist läuft am 31. Dezember 1979 ab. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen werden insgesamt 35.000 bis 40.000 Entschädigungsanträge erwartet.

